

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Revisionsausschuss
am 06.07.2005**

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : Elke Wansner (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 05/05

(Drucksachenband 98)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 08/05

(Drucksachenband 99)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 16/05

(Drucksachenband 101)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Tagesordnung

0078 Tagesordnung

1. Die Tagesordnung der Sitzung wird um 2 gemeinsame Anträge von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ergänzt:
 - Vergabe von Ehrenkarten im Bereich der Kurbetriebe
 - Externes Gutachten zu Kontrollrechten der Stadtverordnetenversammlung
2. Punkt 14 (Einnahmeentwicklung Verwarnungsgelder) wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, da die angekündigte Vorlage im Magistrat nicht beschlossen wurde.
3. Bedenken gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

einstimmig

0079 05-A-19-0001 Prüfgruppe EDV-Projekte Stadtverwaltung

Das Protokoll über die Sitzung der EDV-Prüfgruppe wird zur Kenntnis genommen.

Die nächste Prüfgruppensitzung ist für den 01.09.2005 vorgesehen.

einstimmig

0080 05-V-40-0017 WieS@N II - Dauerhafte Einrichtung des Wiesbadener Schulnetzes

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion bringt einen Dringlichkeitsantrag zu [WieS@n](#) ein, der einstimmig angenommen und in die Vorlage eingearbeitet wird.

einstimmig

0081 **05-A-19-0003**
Verkehrssicherungsmaßnahmen an Bäumen
HIER: mdl. Bericht zum Projektstart

Beschlussfassung siehe unter Beschluss Nr. 0082.

einstimmig

0082 **05-V-03-0004**
Verkehrssicherungspflichten auf öffentlichen Flächen - Klärung der Zuständigkeiten -
Bericht an den Revisionsausschuss

Frau Rubbel, Projektleiterin, stellt in einem mündlichen Vortrag das Projekt vor.

Die Projektbeschreibung wird den Ausschussmitgliedern in der Sitzung schriftlich zur Verfügung gestellt.

Frau Rubbel erklärt auf Nachfrage, dass sie mit einem Ende des Projekts zum 01.02.2006 rechnet.

Der Ausschuss wird den Fortgang der Projektarbeit begleiten.

einstimmig

0083 **05-V-03-0003**
Schlussbericht der 91. Überörtlichen Prüfung "Konsolidierung der Großstädte"
HIER: Diskussion mit der Verwaltung

Zu dieser Sitzung wurde die Verwaltung eingeladen, da nach der Beschlussfassung aus der Sitzung am 07.06.2005 festgehalten wurde, dass mit der Verwaltung über den Bericht zum Schlussbericht der 91. Überörtl. Prüfung diskutiert werden sollte.

Stv. Wieltsh macht darauf aufmerksam, dass es zwar schön sei, dass die Verwaltung in der Sitzung anwesend ist, eine Diskussion in großer Runde sei aber nicht angedacht gewesen. Ein Teil der Fragen sei durch den in der letzten Sitzung eingereichten Bericht bereits erledigt. Zu den anderen Bereichen wolle man noch konkretere Nachfragen einreichen, die dann von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden sollen. Ob dann noch Diskussion notwendig sind, sei im Moment nicht abzusehen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Tollebeek unterstützt dieses Vorhaben und macht darauf aufmerksam, dass bereits im FiWi entsprechend beschlossen worden sei. Außerdem seien nicht alle Bereiche überhaupt für den Revisionsausschuss relevant, sondern müssten evtl. in den Fachausschüssen diskutiert werden.

Vors. Wansner weist auf die klare Beschlusslage aus der letzten Sitzung des Ausschusses hin und sieht auch in der Diskussion im FiWi keinen Anhaltspunkt, heute nicht mit der Verwaltung zu diskutieren. Auch sei es sehr wohl Aufgabe des Revisionsausschusses, sich mit dem Prüfbericht zu beschäftigen.

Es besteht nach ausgiebiger Diskussion Einigkeit darüber, dass nicht mit der Verwaltung diskutiert wird, sondern die CDU-Stadtverordnetenfraktion Fragen formuliert, die von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden sollen. Ob eine spätere Diskussion im Ausschuss stattfindet, bleibt abzuwarten.

einstimmig

0084 **04-V-20-0040**
Schlussbericht der 91. Vergleichenden Überörtlichen Prüfung "Konsolidierung der Großstädte"

einstimmig

0085 **05-V-05-0005**
Einführung eines Regiebetriebes "Wiesbaden Marketing"

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, wieso die Räume für das Wiesbaden Marketing vom Hochbauamt angemietet werden sollen.

Stadtrat Bendel weist darauf hin, dass das Hochbauamt federführend für alle Mietverträge der Stadt ist, wobei noch nicht klar ist, wer die Miete trägt. Hierzu stehe noch eine Beratung mit dem Hochbauamt aus.

Vors. Wansner bittet Stadtrat Bendel um eine Erklärung, warum die Zusammenlegung der verschiedenen Bereiche sinnvoll ist. Sie findet die Zuordnung schwierig und hält auch die Lenkung in diesem Bereich für nicht nachvollziehbar. Außerdem sei die Vorlage nicht mit dem Personalrat abgestimmt.

Stadtrat Bendel berichtet, dass am Vortag mit dem Oberbürgermeister zusammen eine Teilpersonalversammlung stattgefunden hat. Auch in der Strukturkommission sei die Vorlage beraten worden. Mit dem Personalrat habe eine Erörterung stattgefunden, bei der zugesagt wurde, dass die Teilpersonalversammlung im abgegebenden Bereich abgehalten wird.

Es sei nicht daran gedacht, den Internet-Auftritt der Stadt zu verändern, der aber weiter verstärkt als Wirtschaftsplattform genutzt werden soll. Die Zusammenlegung sei zur Erzielung von Synergie-Effekten der 1. Schritt in die richtige Richtung. Evtl. könnte die Wirtschaft unterstützen.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Wansner fragt nach, ob der nächste Schritt dann eine andere Rechtsform sei.

Nach Aussagen von Stadtrat Bendel muss das Erscheinungsbild nach außen hin einheitlich sein. Im Moment mache jeder etwas anderes (z.B. beim Briefkopf).

Vors. Wansner erwidert, dass man für die Änderung eines Logos sicher keine Organisationsänderung hätte durchführen müssen.

Auf Nachfrage teilt Stadtrat Bendel mit, dass der Personalrat in das Verfahren einbezogen war, obwohl es sich nicht um eine zustimmungspflichtige Maßnahme gehandelt habe.

bei Stimmgleichheit (gegen SPD + Grüne) abgelehnt

0086

05-V-07-0002

Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln zur Deckung des Personalbudgets Dezernat VII 2004

Stv. Tollebeek weist darauf hin, dass der FiWi über Abweichungen vom Budgetansatz ab einer Höhe von 1 Mio € unterrichtet werden will und regt an, eine solche Regelung auch für den Revisionsausschuss einzuführen, wenn es zu Abweichungen bei Sach- und Personalausgaben komme. Es ärgere ihn, dass die notwendige Information immer im Nachhinein erfolgt.

Stv. Dr. Goßmann unterstützt den Vorschlag und würde Indikatoren festlegen, die nicht nur die Sach- und Personalkostenabweichungen umfassen sollen, sondern auch beim Anfall von Überstunden eine Informationspflicht festlegt.

Es wird an einen fraktionsübergreifenden Antrag gedacht, dann aber doch im Beschluss zusammengefasst, dass aus allen Dezernaten eine Meldung über Abweichungen in den Bereichen Sach-/Personalkosten und Überstundenentwicklung vorgelegt werden soll.

einstimmig

0087

05-V-20-0017

Investitionscontrolling 1. Quartal 2005

Stv. WIELTSCH berichtet, dass er bei der Veranstaltung "Schule im Rathaus" darüber informiert wurde, dass angedacht ist, von Schülern für die Benutzung der Schultoiletten eine Gebühr zu erheben, um dadurch bei den sanierten Anlagen einen gewissenhafteren Umgang der Schüler mit den Einrichtungen zu erreichen.

Er weist darauf hin, dass aus der Sitzungsvorlage hervorgeht, dass Dezernat VIII im 1. Quartal 2005 lediglich 4 % der Kosten für Toilettensanierung verausgabt habe. Es könnte nicht angehen, dass vorhandenes Geld nicht ausgegeben werde und die Schüler z.T. stinkende marode Anlagen benutzen müssten.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Wansner erklärt, dass die Vorlage zwar Investitionscontrolling heiße, aber kein wirkliches Controlling stattfindet. Alles was in Arbeit oder beauftragt ist, findet sich in der Vorlage nicht. Das wird sich erst durch die Doppik ändern, die dann alle Finanzströme, den Stand der Einzelmaßnahmen usw. abbildet.

Stv. Dr. Goßmann wirft ein, dass Dezernat III im 1. Quartal bereits 52 % verausgabt habe, was fast schon Angst hervorrufen könne, wobei Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) darauf hinweist, dass es sich um den großen Bereich des Kongresspark-platzes gehandelt habe, das Budget aber für das Jahr ausreichen dürfte.

Stv. Bayer meint, dass am Jahresende das Geld für den Schulbau immer ausgegeben worden sei.

Das kann Herr Schäfer nicht unterstreichen. Es gibt nach seinen Aussagen am Jahresende immer Überleitungssummen.

Stv. Tollebeek kritisiert die Haushaltsansätze bzw. den Mittelabfluss gerade im Dezernat VIII. Es könnte nur falsch kalkuliert sein, wenn 55 % der Mittel im Jahr ausreichen und 45 % übergeleitet werden. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass für Projekte, bei denen im 1. Quartal lediglich 4 % in Anspruch genommen wurden, bis zum Jahresende alle Mittel verbraucht sein sollen.

Er unterstützt die Aussage von Stv. Wieltsch, dass es keine Gebühren für die Benutzung von Schultoiletten geben werde.

Herr Schäfer berichtet, dass es 2 Ziele im Finanzbereich gäbe:

- die Mittel, die veranschlagt sind, sollen auch ausgegeben werden, um unter anderem die Wirtschaft anzukurbeln und
- die Nettoneuverschuldung 0, worauf das Finanzcontrolling basiert.

Dezernat VIII habe nicht allein zu entscheiden, wie und wann die Schulbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen, sondern das Hochbauamt sei ausführendes Amt.

Er geht davon aus, dass die Mittel nur so gering geflossen sind, da es bisher nur kurze Ferien gab und große Baumaßnahmen in der Regel in die Oster-, die Sommer- und Herbstferien gelegt werden. Aber bereits im Vorjahr müssen die Projektplanung, Auftragsvergabe usw. erfolgt sein. Man plant im laufenden Jahr und ist mit den Vorarbeiten erst dann fertig, wenn das Kassenjahr beendet ist. Für die Beauftragung reichen die Verpflichtungsermächtigungen. Aber dazu bedarf es offensichtlich noch intensiver Information in den Fachbereichen.

Stv. Dr. Goßmann teilt mit, dass die Dezernate im Schnitt alle wenig Mittelabfluss haben (Schnitt 6,9 %). Auch das Dezernat Pös hat 11 Mio € aus dem Vorjahr mitgenommen und das Dezernat Oberbürgermeister hat fast mehr mitgenommen aus dem Vorjahr als neu in den Haushalt eingestellt wurde.

einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Die Kämmerei wird Nachfragen zu den Punkte 14 und 15 der Auflistung direkt beantworten.

einstimmig

0089

05-V-20-0025

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

einstimmig

0090

05-V-20-0027

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

Der Bericht gilt auf Vorschlag von Vors. Wansner als eingebracht und wird in der nächsten Sitzung behandelt.

einstimmig

0091

05-V-67-0006

Entwicklung der Gebühreneinnahmen für das Jahr 2004 im Unterabschnitt 7500 "Friedhofs- und Bestattungswesen"

Stadtrat Grella berichtet, dass weder die Anzahl, noch die Form der Bestattungen steuerbar sind. Man werde aber auf der Kostenseite versuchen zu steuern, allerdings dürfe es nicht zu einer Gebührenerhöhung kommen.

Nach Mitteilung von Stv. Tollebeek ist sehr wohl bekannt, dass es auch in diesem Bereich Angebot und Nachfrage gäbe.

Es stehe fest, dass die Zahl der Erdbestattungen zurückgegangen seien und die Zahl der Feuerbestattungen zugenommen habe. Die große Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben sei nicht so einfach zu erklären. Nach 5 Jahren Konsolidierungsanstrengungen müssten die Zahlen anders aussehen.

Man müsse bedenken, dass bei der Feuerbestattung mittlerweile andere Krematorien im Umland genutzt würden, da dort geringere Kosten anfallen.

Eine Gebührenerhöhung wäre ohne die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nicht machbar, aber auch nicht sinnvoll, denn die "Abwanderung" ins Umland würde dadurch weiter gefördert.

Er erwartet vom zuständigen Dezernat einen Vorschlag, wie die Gebühren gesenkt werden können und einen dezidierten Vorschlag zur Rückführung der Kosten.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dr. Goßmann erklärt, dass die hohen Kosten im Wiesbadener Krematorium u.a. auf die hohen Umweltstandards zurückzuführen sind, die man auf keinen Fall zurückfahren sollte. Im Moment würden ca. 1000 Kremationen weniger als geplant in Wiesbaden durchgeführt. Wenn man diese Anzahl wieder in Wiesbaden durchführen könnte, würde das die gesamte Kalkulation verbessern.

Stadtrat Grella weist darauf hin, dass man den Friedhofsbereich und das Krematorium auseinanderhalten müsse. Nur im Bereich der Krematorien herrsche Angebot und Nachfrage vor. Hier könne man aussuchen, ob die Kremation in Wiesbaden, Obertshausen oder Dachsenhausen durchführen lassen wolle. Man überlege z.Zt., ob man das Krematorium in Wiesbaden anders betreiben könne (privat, mit der Stadt oder ohne sie).

Lt. Aussage von Stv. Dr. Goßmann sei der eingeschlagene Weg ein Schritt in die richtige Richtung. Er fragt nach dem neuen Trend der Waldbestattung.

Herr Peter, Vertreter des Seniorenbeirats, schließt sich dem Vorschlag, auf den neuen Trend der Waldbestattung einzugehen, an, stellt aber klar, dass die Kosten für die Kremation immer extra berechnet werden und diese Fixkosten sehr hoch seien.

Stv. Tollebeek weist noch einmal auf den nicht geleisteten Konsolidierungsbeitrag im diskutierten Bereich hin, der aber nicht durch eine Gebührenerhöhung erbracht werden darf. Er erwartet konkrete Einsparvorschläge. Die CDU wird sich die ursprünglich Vorlage zum Bau des Krematoriums noch einmal anschauen. Das Fachdezernat wird nach der Sommerpause einen Bericht zur Verringerung der Kosten vorlegen.

Vors. Wansner fasst zusammen. Der Ausschuss schließt sich dem Magistratsbeschluss an und wird sich nach Vorliegen des angeforderten Berichts zur Kostensenkung erneut mit dem Thema beschäftigen.

einstimmig

0092

05-V-22-0001

Spenden - Bericht über die im Jahr 2004 eingegangenen Zuwendungen

Nach Mitteilung von Herrn Schäfer (Kämmerei) ist der Bericht erstellt und z.Zt. im Geschäftsgang. Der Ausschuss wird sich nach der Sommerpause mit dem Bericht beschäftigen, der bis dahin vorliegen sollte.

einstimmig

0093

04-F-01-0077

Qualitätszielerreichung WiBus

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.11.2004 -

einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0094 **05-F-03-0031**
Zukunft von WIBUS
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.02.2005 -

 einstimmig

0095 **05-F-01-0018**
Einnahmeentwicklung der Verwarnungsgelder
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.02.2005 –

Der Magistrat hat sich mit der Vorlage zwar beschäftigt. Herr Stadtrat Grella hat die Vorlage allerdings zurückgezogen, so dass dem Ausschuss die Vorlage nicht offiziell zugegangen ist.
Sobald die Vorlage den Ausschüssen/der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet wird, wird der Punkt in die Tagesordnung aufgenommen.

 einstimmig

0096 **05-F-24-0003**
Vergabe unentgeltlicher Jahreskarten (Ehrenkarten) für die Nutzung von Einrichtungen der Kurbetriebe
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -

 einstimmig

0097 **05-F-24-0004**
Rechtsgutachten über die Kontrollrechte der Stadtverordnetenversammlung
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.07.2005 -

 einstimmig

0098 **Verschiedenes**

1. Herr Stadtrat Grella berichtet, dass es zu strafbaren Handlungen im Bereich der Ausländerbehörde gekommen sein soll, weil dort eine Mitarbeiterin die Anbahnung einer Scheinehe unterstützt haben soll. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.
Der Stadt Wiesbaden ist aller Wahrscheinlichkeit nach kein materieller Schaden entstanden.
Die Antikorruptionsbeauftragte ist eingeschaltet.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 06.07.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss wird über den weiteren Fortgang unterrichtet.

2. Vors. Wansner teilt mit, dass aus der Presse zu entnehmen war, dass der ehemalige Abteilungsleiter von ELW, Hans Bilger, wegen Betruges in 36 Fällen angeklagt worden ist. In dem Zeitungsartikel wurde neben den ihm zur Last gelegten Taten auch der volle Name genannt.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, . August 2005

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Wansner

Koba